

TSCHECHIEN

Gewerkschaftsmonitor

Mai 2022

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die Parlamentswahlen vom 8. und 9. Oktober 2021 haben die politische Landschaft Tschechiens nachhaltig verändert. Zwei für die Wahlen neu formierte Parteibündnisse bilden die Regierungskoalition: Das konservativ-liberale Wahlbündnis SPOLU (»gemeinsam«), bestehend aus der Demokratischen Bürgerpartei (Občanská demokratická strana, ODS), die mit Petr Fiala den Premierminister stellt, der christdemokratischen Partei Christliche und Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei (Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová, KDU-ČSL) und der konservativen TOP 09 (TOP steht für »tradice, odpovědnost, prosperita«, deutsch: »Tradition, Verantwortung, Prosperität«); sowie das Bündnis zwischen der Bürgermeisterpartei STAN (Starostové a nezávislí, deutsch: Bürgermeister und Unabhängige) und den Piraten (Česká pirátská strana; Kurzbezeichnung Piráti, ehemals ČPS). Fiala löste somit Andrej Babiš von der populistischen ANO (»ano« bedeutet auf Tschechisch »ja«, zugleich steht es für akce nespokojených občanů, »Aktion unzufriedener Bürger«) als Premierminister ab. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand vor allem die Person Andrej Babiš, dem u. a. private Interessenskonflikte und EU-Subventionsbetrug vorgeworfen wurden. Fiala hatte deshalb jegliche Zusammenarbeit mit ANO nach der Wahl stets kategorisch ausgeschlossen. ANO bildet nun zusammen mit der rechtsextremen SPD (Svoboda a přímá demokracie, deutsch: Freiheit und direkte Demokratie) von Tomio Okamura die Opposition. Die politische Linke in Tschechien ist hingegen marginalisiert. Sowohl die zuvor mitregierende sozialdemokratische ČSSD (Česká strana sociálně demokratická) als auch die Kommunistische Partei KSČM (Komunistická strana Čech a Moravy, deutsch: Kommunistische Partei Böhmens und Mährens) haben den Wiedereinzug in das Parlament erstmals seit Gründung der Tschechischen Republik verpasst.

Petr Fiala ist der insgesamt 13. Premierminister seit der Samtenen Revolution von 1989. Er gilt als besonnen und

hat sich im Wahlkampf als Antipode zu Andrej Babiš inszeniert. Es gilt als sicher, dass seine konsequente Absage an eine Koalition mit der ANO in jedweder Form wesentlich zu seinem Wahlerfolg beigetragen hat. Fiala betonte auch nach der Wahl immer wieder, dass er für eine andere und vor allem eine »demokratischere« Art der Politik stehen würde. Was damit konkret gemeint ist, bleibt jedoch oftmals vage.

Der neuen Regierung stellen sich unmittelbar mit Amtsantritt zahlreiche Herausforderungen. Die dringlichste Aufgabe ist aktuell die Bewältigung der Corona-Pandemie. Im Kampf gegen das Virus setzt die Regierung dabei verstärkt auf die Eigenverantwortung der Bürger_innen. Im Februar 2022 wurden bereits viele Maßnahmen wie z. B. die 2-G-Regel für Restaurantbesuche aufgehoben und es zeichnet sich bereits ab, dass im März weitere Lockerungen folgen könnten. Zwar hat die Omikron-Welle in Tschechien inzwischen ihren Höhepunkt wohl erreicht, aber von einer völligen Entspannung kann bei einer landesweiten 7-Tage-Inzidenz von ca. 1500 pro 100000 Einwohner_innen nicht die Rede sein. Ähnlich wie in Deutschland sind die Omikron-Fälle hierzulande aber auch überwiegend milde verlaufen, so dass die Situation in den Krankenhäusern derzeit stabil ist. Darüber hinaus belasten auch in Tschechien rasant steigende Energiepreise und hohe Inflationsraten viele Arbeitnehmer_innen spürbar. So haben in Folge der Preissteigerungen die meisten Tschech_innen deutlich weniger Geld zur Verfügung. Des Weiteren hat die neue Regierung angekündigt, den Haushalt in den kommenden vier Jahren zu konsolidieren und die Neuverschuldung zu begrenzen. Dies soll ohne Steuererhöhungen gelingen, weshalb zu befürchten ist, dass es zu weiteren Kürzungen und Stellenstreichungen kommt, etwa in der Verwaltung und im sozialen Bereich. In der zweiten Jahreshälfte 2022 wird Tschechien zudem den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft von Frankreich übernehmen. Hier ist ein Fokus auf die Digitalisierung sowie den Übergang hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu erwarten. Abzuwarten bleibt, wie sich der Krieg in der Ukraine bis dahin entwickelt und sich auf die EU- bzw. Tschechische Ratspräsidentschaft auswirken wird.

Der Ausbruch des Krieges in der Ukraine hat die Lage noch einmal stark verändert. In Tschechien gibt es parteiübergreifend eine große Solidarität und Hilfsbereitschaft mit den Ukrainer_innen. Der Angriff Russlands wurde von Fiala und Staatspräsident Zeman auf das Schärfste verurteilt, aber auch führende Oppositionspolitiker_innen unterstützen die Position der Regierung. Tschechien hat sich unmittelbar nach Ausbruch des Krieges für scharfe Sanktionen gegenüber Russland ausgesprochen und sowohl Waffen als auch humanitäre Güter in die Ukraine geliefert. Zudem hat das Land angekündigt, Flüchtlinge aus der Ukraine zu versorgen und aufzunehmen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Zwischen Tschechien und Deutschland bestehen enge Handelsbeziehungen: 2021 ging fast ein Drittel des tschechischen Exports nach Deutschland, in die Gegenrichtung rollt fast ein Viertel des tschechischen Gesamtimports. Beinahe 65 Prozent der tschechischen Exporte ging im selben Jahr darüber hinaus in die Euro-Länder, Exporte in die gesamte EU-27 liegen regelmäßig noch um einiges höher. Da für Tschechien auch Großbritannien zu den wichtigsten Handelspartnern zählte, bleibt der Brexit für den tschechischen Außenhandel nicht folgenlos. Anfang 2021 kam es zu einem Rückgang der Exporte um ein Fünftel, wobei diese Entwicklung teilweise auch der Pandemie geschuldet ist. Risiken birgt darüber hinaus die relativ hohe Abhängigkeit von der Automobilindustrie (ca. 25 Prozent der Gesamtexporte), da die tschechische Wirtschaft damit abhängig von der zukünftigen weltweiten Konjunkturerwicklung und den erwarteten großen Umwälzungen wie der Elektro- oder Plattformmobilität ist. Aktuell hat die Branche insbesondere mit den pandemiebedingten Lieferengpässen zu kämpfen.

Etwa 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen die Gewinne ausländischer Investoren. Der Anteil der Reinvestitionen ist sukzessive gesunken und betrug 2018 weniger als ein Drittel des Gesamtumfangs, umgekehrt fließen selbst nach konservativen Schätzungen jährlich über 11 Milliarden Euro ins Ausland ab, was die aus dem EU-Haushalt finanzierten Strukturhilfen weit übersteigt. Entsprechend abhängig ist die Wirtschaft von den Entscheidungen ausländischer Investoren und Mutterkonzerne. Der Anteil der Industrie ist hoch – in der verarbeitenden Industrie arbeiten 29,7 Prozent der Erwerbstätigen. Dies entspricht dem höchsten Anteil in der EU, dabei handelt es sich jedoch vielfach um preisabhängige Zuliefererbetriebe. Dies stellt ein langfristiges, in der Zeit der postkommunistischen Transformation wurzelndes wirtschaftspolitisches Problem dar, mit dem auch die Problematik der niedrigen Löhne im Land eng zusammenhängt: besser bezahlte Arbeitsvorgänge in der Produktionskette finden im Land kaum statt. Die Problematik dieser Abhängigkeit zeigte sich auch in der Corona-Krise: ein von den Expert_innen mehrmals dringend empfohlener Lockdown der Industrie war aufgrund von strikten Zuliefererverträgen kaum möglich und wurde deshalb auch nicht angeordnet.

Obwohl die üblichen makroökonomischen Indikatoren wie Wachstum des BIP oder Arbeitslosenquote auf den ersten Blick für das Land langfristig positiv aussehen, liegt der Lebensstandard der Bevölkerung weiterhin deutlich unter dem des Durchschnitts in der EU. Der Mindestlohn (665 Euro monatlich bzw. 3,87 Euro pro Stunde) ist einer der niedrigsten in der EU. Er beträgt derzeit nur um die 50 Prozent des Medianeinkommens und liegt somit weit unter der Armutsgrenze. Selbst im nach Kaufkraft umgerechneten Verhältnis entspricht er nicht einmal der Hälfte des deutschen gesetzlichen Mindestlohns vor seiner geplanten Anhebung. Der Durchschnittslohn beträgt nach einer Nominalsteigerung von 5,7 Prozent Ende 2021 1 539 Euro, das Medianeinkommen liegt bei 1 353 Euro. Etwa genauso hoch liegt der Wert des für Tschechien errechneten *living wage*. Das bedeutet, dass gut die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung kein existenzsicherndes Einkommen bezieht. Anfang 2022 werden die Löhne von einer über Jahrzehnte nicht mehr da gewesenen Inflation von über 10 Prozent aufgeessen, sodass sie erstmals seit der Wende in realen Zahlen sinken. Die Produktivität des Landes liegt langfristig oberhalb der gezahlten Löhne, wird aber durch den massiven Kapitalabfluss aufgeessen.

Vom Ausmaß der faktischen Armut (beim irreführenden Indikator der relativen Armut kommt Tschechien fälschlicherweise recht gut weg) zeugt auch die Überschuldung der tschechischen Haushalte, die etwa 11 Prozent der Bevölkerung betrifft (Kinder eingerechnet). Tendenz nach der Pandemie steigend. Die Statistiken über die Einkommensverhältnisse sind insoweit irreführend, als dass die Höhe des Einkommens vor den entsprechenden Schuldabschlägen einfließt. De facto verfügen betroffene Haushalte häufig über ein Einkommen, das noch unterhalb des Niveaus des Mindestlohns liegt. Häufige Ursache für die Verschuldungen sind gewöhnliche Zahlungsverpflichtungen wie Miete, Strom- und Telefonrechnungen. Aufgrund strikter Regeln, die dem Imperativ der Eigenverantwortung, aber auch der Lobby der Zwangsvollstreckter folgen, leben die meisten Betroffenen ohne Aussicht auf die Rückkehr in ein schuldenfreies Leben. Darüber hinaus ist das Vertrauen dieser Menschen in den Staat und seine Institutionen häufig tief erschüttert, sodass sie zum politischen Radikalismus tendieren. Dem Staat wiederum entgehen so Einnahmen in großem Umfang, weil die überschuldeten Menschen oft schwarzarbeiten, damit mehr Einnahmen von den Abschlägen geschützt sind. Dies wird häufig als eines der dramatischsten sozialen Probleme des Landes aufgefasst, wiederum eng geknüpft an die Problematik der niedrigen Löhne.

Die Covid-Pandemie hat das Land von der makroökonomischen Perspektive aus betrachtet vergleichsweise gut überstanden. Das BIP fiel 2020 zwar um 5,6 Prozent und somit am dramatischsten in der Geschichte des Landes, 2021 war aber schon wieder ein Wachstum von 3,3 Prozent zu verzeichnen. Die Staatsverschuldung beträgt Anfang 2022 41 Prozent des BIP und soll von der neuen Regierung mit zahlreichen Sparmaßnahmen nun saniert werden. Die Arbeitslosenquote betrug im Januar 3,6 Prozent, in der sich erholenden Wirtschaft herrscht wieder Fachkräftemangel und es werden Rufe der Arbeitgeber nach Arbeitskräftezufluss aus Drittländern laut.

So wie andere Länder wird Tschechien von einer steigenden Inflation geplagt, die Anfang 2022 über 10 Prozent erreicht, ebenso von steigenden Energie- und Spritpreisen. Dies droht sich, zusammen mit den sich erst entfaltenden sozialen Folgen der Pandemie wie der sich verdoppelten Armutsquote oder rasant steigenden Neuüberschuldung der Haushalte, zu einer sozialen Katastrophe auszuwachsen: die Lage ist für viele im Land auch in Zeiten guter Konjunktur unsicher und prekär – wegen der niedrigen Löhne, die oft zum Auskommen nicht reichen und der damit verbundenen Überschuldung, dem absoluten Mangel an wirksamer Wohnungspolitik und der generellen Schwäche des Sozialstaates. Krisensituationen sind da kaum glimpflich zu bewältigen, der unterfinanzierte Sozialstaat ist grundsätzlich nicht im Stande flexibel und großzügig zu reagieren. Die aktuelle Lage wird zusätzlich verschärft, weil die rechtsliberale Regierung an ihren Austerity-Plänen und dem Vorsatz, auf keinen Fall Steuern zu erhöhen, festhält, obwohl in einem Land mit einer »Flat Tax« und niedrigen Eigentumssteuern durchaus Raum dafür wäre. Hinzu kommt die Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine, die bereits Tage nach dem Kriegsausbruch an die 70 000 Geflüchtete nach Tschechien brachte. Obwohl die erste Reaktion der Bevölkerung von einer überwältigenden Solidarität und Hilfsbereitschaft gekennzeichnet war, ist völlig offen, wie lange dies anhalten wird. Zumal dann, wenn die Belastungen für die Bevölkerung weiter zunehmen wird.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Gewerkschaften haben in einem Land, dessen Politik in einem neoliberalen Diskurs verhaftet ist, dessen Wirtschaft hochgradig von ausländischem Kapital abhängig ist und das sich in einer ungünstigen Zuliefererposition in den transnationalen Wertschöpfungsketten befindet, kein einfaches Terrain. Sie führen einen Kampf um gesellschaftliche Legitimität, denn sie fallen bei vielen, gerade jüngeren Menschen in die Kategorie »kommunistisches Überbleibsel, brauchen wir in einer freien Gesellschaft, wo jeder werden kann, was er möchte, wenn er sich nur anstrengt, nicht mehr«. Diese Legitimitätsfrage ist eng verknüpft mit der Frage ihrer Überlebensfähigkeit, sind sie doch von der Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge abhängig, deren Knappheit sich bei tschechischen Gewerkschaften, gepaart mit ihrer mangelnden Attraktivität als Arbeitgeber, in sehr schwachen Strukturen manifestiert. Lange waren sie einem rasanten, stetigen Mitgliederschwund ausgesetzt; seit 2018 gleicht der Zugang neuer Mitglieder den Schwund wenigstens einigermaßen aus.

Dieser Erfolg kann dem aktuellen Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes ČMKOS, Josef Středula, zugerechnet werden. Im April 2018 für die zweite vierjährige Amtsperiode mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt, ist er eine charismatische, gut vernetzte Person. In seiner mittlerweile achtjährigen Amtszeit hat er dem Gewerkschaftsdachverband einen modernen und progressiven Anstrich verpasst. Er organisiert seit 2015 die landesweite Kampagne »Ende der billigen Arbeit«, für die jedes Jahr eine große Kundgebung stattfand, um die Tarifverhandlungen einzuläuten.

Der Europäische Gewerkschaftsbund EGB hat sich davon für seine Kampagne »Europe needs a pay rise« inspirieren lassen. Herausragendes Thema seiner Reden ist die mangelnde Konvergenz zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedsländern. In der Konsequenz fordern die Gewerkschaften auch eine langfristige wirtschaftspolitische Reform, die das Land aus der abhängigen Position in den Europäischen und globalen Wertschöpfungsketten führt, insbesondere mit Blick auf drohende Rationalisierungen aufgrund der steigenden Digitalisierungsprozesse. Im Unterschied zu konkreten Forderungen nach Lohnerhöhungen blieben ihre Reformvorschläge weitestgehend ungehört und wurden von ihrer Seite bislang nicht in einen Vorschlag eines Post-Covid-Recovery-Plans überführt.

Während des Pandemie-Jahres haben die Gewerkschaften, und zwar sowohl der Dachverband ČMKOS wie auch Einzelgewerkschaften und insbesondere die direkt betroffenen Branchenverbände, regelmäßig Forderungen zum Schutz der Arbeitnehmer_innen und ihrer sozialen Absicherung erhoben und damit probiert, die wirtschaftsfreundliche Ausrichtung der bis Dezember 2021 amtierenden Regierung von Andrej Babiš zu korrigieren. Dies gelang ihnen im Schulterschluss mit dem Juniorpartner, der ČSSD, am Ende eher selten bzw. nicht in ausreichendem Ausmaß.

Mit dem Antritt der neuen Austerity-Regierung stehen die Gewerkschaften vor neuen Herausforderungen. Sie prangern insbesondere die Entscheidung von Januar 2022 an, Löhne im öffentlichen Dienst einzufrieren, bzw. bei ausgewählten Berufsgruppen wie den chronisch schlecht bezahlten Lehrer_innen nur geringfügig anzuheben. Es geht ebenfalls um die zu schwachen Antworten auf die Inflation und den Anstieg der Energie- und Spritpreise. Die Gewerkschaft der Angestellten im Gesundheitswesen trat bereits wegen Kürzungen im Gesundheitsbereich in Streikbereitschaft. Heftigere Auseinandersetzungen sind bei der weiteren anstehenden Umsetzung des Regierungsprogramms zu erwarten, bei dem auch umfangreichere Privatisierungen nicht auszuschließen sind. Auch wird es darum gehen, zehntausende, möglicherweise gar hunderttausende Geflüchtete aus der Ukraine so in den Arbeitsmarkt zu integrieren, dass es keine Abwärtsspirale bei den Löhnen entfesselt. Die Arbeitgeberseite freut sich jedenfalls seit dem Kriegsausbruch recht unverhohlen auf die (billige) Arbeitskraft. Dem wird entschieden entgegentreten sein.

Verstärkt nahmen sich die Gewerkschaften vor der Pandemie auch der Frage der gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung an und forderten eine Verkürzung der Arbeitszeit. Damit wollten sie auch als gesellschaftspolitischer Akteur wahrgenommen werden. Dem Thema Nachhaltigkeit oder »just transition« standen sie demgegenüber bislang eher verhalten gegenüber, wobei sich in letzter Zeit unter dem Druck insbesondere des Geschehens auf der EU-Ebene und bei den westeuropäischen Partnergewerkschaften ein Sinneswandel abzeichnet. Wie und ob es ihnen gelingt, auch in der zu erwartenden sozialen Krise nicht nur konkrete, dringende Themen zu bearbeiten, sondern sich auch weiterhin diesen und weiteren Grundsatzfragen zu widmen, bleibt abzuwarten.

Der durchschnittliche Lohnzuwachs, der in Tschechien insbesondere auf betrieblicher Ebene verhandelt wird, betrug zwischen Ende 2020 und Ende 2021 5,7 Prozent, real aufgrund der hohen Inflation aber nur 1,5 Prozent. Anfang 2022 war aufgrund der in die Höhe schnellenden Inflation bereits erstmalig in der Geschichte seit 1989 ein Rückgang der realen Löhne um 2 Prozent zu verzeichnen.

GEWERKSCHAFTEN IN TSCHECHIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Der stärkste Dachverband ČMKOS (Českomoravská konfederace odborových svazů, Böhmisches-Mährische Konföderation der Gewerkschaftsverbände) entstand aus den im Laufe der »Samtenen Revolution« gebildeten Betriebs- und Streikkomitees, die den alten Dachverband »ROH« übernahmen und ihn in »KOS« umbenannten. KOS trat damit quasi die Nachfolge der früheren kommunistischen Staatsgewerkschaft an, übernahm auch deren Vermögen und wurde so zur dominierenden Gewerkschaft, aber mit einer neuen, von der kommunistischen Erblast befreiten Führung. Obwohl er mit der Politik und Organisation des ROH brach, trat die Mehrheit der ROH-Mitglieder dem neuen Gewerkschaftsbund bei. Als sich die Tschechoslowakei 1993 in zwei Staaten aufteilte, spaltete sich der ČS KOS in eine Organisation für die tschechische Republik, ČMKOS, und eine für die Slowakische Republik, KOZ SR. Die Transformation der Gewerkschaften gestaltete sich nicht einfach. Sie hatten vor der Wende de facto kaum eine mitgestaltende Funktion in der Gesellschaft. Mitgliedschaft war angesagt, wollte man nicht als Regimegegner gelten. Es entstand zwar nach und nach eine pluralistische Landschaft an Betriebsorganisationen und sie vereinende Branchenverbände, diese mussten aber ihre Legitimität im neuen, stark neoliberal geprägten System hart erkämpfen. Die Gewerkschaften werden teilweise bis heute selbst von Arbeitnehmer_innen als Akteure gesehen, die in der neuen Zeit nicht mehr benötigt werden oder gar stören. Sie litten daher lange unter massivem Mitgliederschwund und öffentlichen Anfeindungen, auch von Spitzenpolitiker_innen. Dies war teilweise auch selbst verschuldet: lange Zeit haben sie sich selbst in der neuen Welt nicht zurechtgefunden, waren relativ passiv, konservativ und hatten fast ausschließlich männliche Funktionsträger.

Als ein politischer Akteur mit gesamtgesellschaftlicher Relevanz erwiesen sich die Gewerkschaften zum ersten Mal 2012, als sie in einer breiteren gesellschaftlichen Allianz Träger der Proteste gegen die Regierung des konservativ-neoliberalen Premierministers Petr Nečas (ODS) waren, die massive Kürzungen der öffentlichen Daseinsvorsorge androhte. An dieses Momentum knüpften die Gewerkschaften an, als 2014 Josef Středula zum Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes ČMKOS gewählt wurde. Seitdem hat sich das Image verbessert und die Rolle der Gewerkschaften als gesellschaftlicher Akteur sukzessive ist gestiegen.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die gewerkschaftliche Grundorganisation auf Betriebsebene ist nach wie vor das wichtigste Vertretungsorgan für die Beschäftigten in den einzelnen Betrieben, die von mindestens drei Mitarbeiter_innen gegründet werden können. Diese treten auf der Grundlage der Zugehörigkeit ihrer Betriebe zu einer bestimmten Branche auf freiwilliger Basis zentralen Einzelgewerkschaften bei, die zum Teil über regionale Vertretungen verfügen. Die Einzelgewerkschaften schließen sich in der Regel zu Dachverbänden zusammen, die ihrerseits ebenfalls über ein Netz regionaler Büros verfügen. Lohnverhandlungen werden in der Regel auf der betrieblichen Ebene geführt, in den seltensten Fällen kommt es zu Einigungen auf Branchenebene. Ein System von Betriebsräten mit einer gewissen Unabhängigkeit von Gewerkschaftsstrukturen, wie sie z.B. in Deutschland vorhanden sind, gibt es in Tschechien nicht. Sie sind zwar gesetzlich vorgesehen, ihre Rechte sind aber noch geringer, als die Rechte der betrieblichen Gewerkschaften und würden daher keinen zusätzlichen Mehrwert schaffen.

Die mit Abstand mitgliederstärkste Einzelgewerkschaft ist die der in der metallverarbeitenden Industrie Beschäftigten, OS KOVO, was auch die herausragende Rolle dieser Branche in der tschechischen Wirtschaft widerspiegelt. In anderen Branchen sind weitaus weniger Arbeitnehmer_innen gewerkschaftlich organisiert. Selbständige, Arbeitslose, Arbeitsmigrant_innen und Leiharbeiter_innen gelten in der Regel nicht als potentielle Mitglieder. Die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder betrug 2018 11,5 Prozent der Erwerbstätigen, was einen deutlichen Rückgang gegenüber 16,7 Prozent in 2009 darstellt, für die letzten Jahre bedeutete es aber einen leichten Aufwärtstrend. Die Abdeckung der Arbeitnehmer_innen durch Kollektivverträge betrug 2016, dem letzten Jahr für das aktuelle Zahlen vorliegen, 30,4 Prozent, Tendenz sinkend. Damit befindet sich Tschechien am unteren Rande des Mittelfeldes der OECD-Länder.

Die wichtigste Finanzierungsquelle der Gewerkschaften sind die Mitgliedsbeiträge. Grundorganisationen erhalten in der Regel ein Prozent des Nettoeinkommens ihrer Mitglieder. Davon müssen 25 Prozent an die Branchengewerkschaften abgeführt werden, die wiederum einen Teil davon an die Dachverbände überweisen. Die Höhe wird von den Mitgliedsverbänden festgelegt. Die Einzelgewerkschaften verfügen darüber hinaus über zum Teil große Vermögen (z.B. historische Gebäude in der Prager Innenstadt) und damit über eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung als die Dachverbände, was ihnen zu einer entsprechenden starken Stellung verhilft, aber auch Fusionen verhindert.

Derzeit sind der Dachverband ČMKOS mit seinen 31 Einzelgewerkschaften und mit großem Abstand dazu ASO (Asociace samostatných odborů – Verband unabhängiger Gewerkschaften) die mitgliederstärksten und gleichzeitig einflussreichsten Verbände. Sie stellen zusammen die sieben Vertreter_innen der Arbeitnehmer_innenseite in der sog. Tripartit (offiziell: Rat der wirtschaftlichen und sozialen Übereinkunft), einem Gremium, in dem Gewerkschaften und Arbeitgeber – mit je nach Regierungskonstellation unterschiedlich starkem

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Tschechien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Českomoravská konfederace odborových svazů – ČMKOS (Tschechisch-mährischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Josef Středula Stv. Vorsitz: Vít Samek, Radka Sokolová	310 000	IGB, EGB
Asociace samostatných odborů – ASO (Vereinigung unabhängiger Gewerkschaften)	Vorsitz: Bohumír Dufek Stv. Vorsitz: Martin Engel, Martin Malý, Josef Hlahůlek	78 000	–

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Tschechien

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Odborový svaz KOVO – OS KOVO (Metallgewerkschaft)	ČMKOS	Vorsitz: Jaroslav Souček Stv. Vorsitz: Pavel Komárek, Tomáš Valášek, Libor Dvořák	80 000	IndustriAll, IndustriAll Europe
Odborový svaz zdravotnictví a sociální péče – OSZSP (Gewerkschaft für Gesundheits- und Sozialwesen)	ČMKOS	Vorsitz: Dagmar Žitníková Stv. Vorsitz: Lubomír Franc, Jana Hnyková	k. A.	PSI, EPSU
Odborový svaz ECHO (Gewerkschaft Energie und Chemie)	ČMKOS	Vorsitz: Zdeněk Černý	k. A.	IndustriAll, IndustriAll Europe

Gehör – zu Regierungsvorhaben unverbindlich angehört werden. Es gibt noch einige wenige weitere kleinere Dachverbände, wie auch Betriebsorganisationen oder Einzelgewerkschaften, die in keinem der Dachverbände organisiert sind. Zersplitterungen, so wie in anderen Ländern, gibt es kaum, höchstens in Form des Ausstiegs einzelner Betriebsorganisationen aus der Branchengewerkschaft (wie dies 2014 z. B. der Fall bei allen drei mitgliedsstarken Škoda-Werken und der Metaller-Branchengewerkschaft war). Andererseits erweisen sich aber auch jedwede Fusionsversuche, die bei der Anzahl von einzelnen Verbänden zugunsten von Schlagkräftigkeit durchaus ratsam wären, als kaum durchsetzbar. Dies nicht zuletzt wegen der Besitztümer, über die man keine Handlungshoheit verlieren möchte, aber auch aufgrund anderweitiger Rivalitäten und persönlicher Verquickungen, die in einem kleinen Land wie Tschechien in einem solchen Partikularbereich kaum zu vermeiden sind.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Punkte, zu denen die Arbeitgeber die Gewerkschaften verbindlich befragen bzw. mit ihnen Regelungen treffen müssen, sind im Vergleich zu Deutschland außerordentlich gering. Die betrieblichen Organisationen haben das Recht, Kollektivverträge zu verhandeln, in denen sowohl Entgelthöhe wie auch weitere Arbeitsbedingungen (z. B. Arbeitszeit, Urlaubsanspruch) bestimmt werden können; es gibt jedoch keinen verbindlichen Themenkatalog, zu dem in den Verträgen Stel-

lung bezogen werden müsste. Die Kollektivverträge sind nach ihrem erfolgreichen Abschluss auch für Nichtmitglieder gültig. Schwierigkeiten bereitet den Gewerkschaften eine gesetzliche Regelung, der zufolge es in einem Betrieb mehrere gewerkschaftliche Organisationen geben kann, die aber alle einem Kollektivvertrag zustimmen müssen. Dies öffnet Tür und Tor für Organisationen, die nur zum Zwecke der Störung des Verhandlungsprozesses gegründet werden, nicht selten von den Arbeitgebern unterstützt (es reichen zur Gründung lediglich drei Beschäftigte aus). Während der Pandemie gab es auch Fälle von neu gegründeten Querdenker-Organisationen, deren weitere Tätigkeit Fragen aufwirft und zu beobachten sein wird. Verbindlich befragt müssen die Gewerkschaftsorganisationen nur, falls einem Mitglied ihres Vorstandes gekündigt werden sollte und wenn allgemeine Betriebsbestimmungen oder Urlaubspläne entworfen werden. Diese mangelnde Einbeziehung wird von den Gewerkschaften kritisiert. Es gibt keinerlei Recht auf Freistellung oder finanzielle und sonstige Ausstattung für die betrieblichen Organisationen und ihre Funktionäre seitens des Arbeitgebers.

Der Abschluss von Kollektivverträgen höheren Rangs, d. h. Vereinbarungen auf (Teil-) Branchenebene, wird häufig von Arbeitgebern verhindert, indem sie Verhandlungen auf dieser Ebene verweigern. Somit wurden 2017 lediglich 21 Kollektivverträge auf Branchenebene geschlossen, der Trend ist sinkend. In den Aufsichtsräten sind Arbeitnehmer_innen nur bei Betrieben mit mindestens 500 Beschäftigten vertreten und dies nur mit einem Drittel der Stimmen. Sie haben daher

wenig Einfluss. Bei für Arbeitnehmer_innen relevanten Gesetzgebungen wird ihre Meinung eingeholt. Beratend ist zudem ihre Rolle bei der Tripartit, einem beratenden Organ der Regierung, das je nach politischer Couleur mehr oder minder intensiv und verbindlich zu Rate gezogen wird. Gewerkschafter_innen berichten regelmäßig über Versuche, die Gründung von gewerkschaftlichen Organisationen oder die Ausübung ihrer Tätigkeit zu verhindern.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Verhandlungen werden schwerpunktmäßig auf der betrieblichen Ebene geführt, normalerweise einmal im Jahr, es sei denn, es wurde für den Kollektivvertrag eine längere Laufzeit vereinbart. Diese Verhandlungen auf der niedrigsten Ebene gehen naturgemäß mit einem massiven Ungleichgewicht der Verhandlungsmacht einher. Die Bereitschaft der einfachen Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen, in entsprechende Ausbildung ihrer Vertreter_innen zu investieren, hält sich oft in Grenzen. Mit der breiten und systematischen Weiterbildung für Betriebsräte wie in Deutschland ist die Lage in Tschechien kaum zu vergleichen. Die Vorstellung von einer Gewerkschaftsarbeit, die weniger die Funktion der Durchsetzung gemeinsamer Interessen hat, als vielmehr die einer sozialen, bei der sich Mitgliedschaft unmittelbar durch bestimmte Zuschüsse oder Geschenke auszahlen soll, hat historische Gründe. Die Branchenverbände versuchen zwar, ihre Mitgliedsorganisationen bestmöglich zu unterstützen, haben aber selbst zu sehr mit begrenzten Kapazitäten zu kämpfen, als dass sie imstande wären, Expert_innen zu den Verhandlungen zur Verfügung zu stellen. Die Gefahren einer Repression für die einzelnen Mitglieder, die unmittelbar an den Verhandlungen beteiligt sind, zwangen beispielsweise den größten Einzelverband OS KOVO dazu, eine sogenannte »verdeckte Mitgliedschaft« einzuführen, bei der sich in als besonders gefährlich eingeschätzten Situationen die Mitglieder nicht direkt gegenüber dem Arbeitgeber zu erkennen geben, sondern für sie der Verband in ihrem Namen verhandelt. Dies wurde als gesetzeskonform bestätigt, kann aber aufgrund der begrenzten Kapazitäten nur relativ selten zum Einsatz kommen und löst das strukturelle Problem nicht.

Trotz des geringen Organisationsgrades von nur 11,5 Prozent der Erwerbstätigen (2018) sind 30,4 Prozent der tschechischen Arbeitnehmer_innen (2016) durch Kollektivverträge abgedeckt, da die Gewerkschaften für alle Beschäftigten des jeweiligen Betriebs verhandeln, d.h. auch für Nicht-Mitglieder. Seit dem Beginn der Kampagne »Ende der billigen Arbeit« im Jahr 2015 wurden jährlich im Schnitt relativ hohe Nominallohnzuwächse erreicht, dieser Trend wird von der Pandemie und anschließender hoher Inflation vorerst gestoppt, bzw. gar umgekehrt. Nach Angaben der Gewerkschaften sind die Löhne und Gehälter in den Betrieben, in denen es eine Gewerkschaftsorganisation gibt, signifikant höher (in 2016 beispielsweise um rund 100 Euro monatlich) und die Arbeitszeiten kürzer. Auch bei den Erhöhungen des Mindestlohns in den letzten Jahren spielten die Gewerkschaften eine wichtige Rolle, wenngleich zusätzlich die Beteiligung der Sozialdemokraten an den Regierungen ausschlaggebend war.

Eine wirkliche betriebliche Mitbestimmung gibt es in Tschechien nicht. Der Katalog der verpflichtend mit den Gewerkschaften zu konsultierenden Entscheidungen ist äußerst knapp und hat kaum unmittelbar mit der Unternehmensführung zu tun. In den Aufsichtsräten haben die Arbeitnehmer_innen wegen ihrer geringen Vertretung keine echte Entscheidungsgewalt. Ihre ebenfalls schwache Rolle beim Sozialdialog wurde oben bereits beschrieben.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Wie bereits beschrieben, kämpfen die Gewerkschaften in der postkommunistischen Gesellschaft Tschechiens nach wie vor um ein positives Image und eine breitere Akzeptanz in der Gesellschaft. So ist das statistisch erhobene Vertrauen der Bevölkerung gegenüber Gewerkschaften langsam gestiegen, was sich auch bei dem erwähnten Aufhalten des Mitgliederschwunds bei ČMKOS ablesen lässt. Gefragt nach ihrem Vertrauen gegenüber verschiedenen politischen Institutionen, gaben 2018 für Gewerkschaften 14 Prozent »dezidiert nicht« und weitere 27 Prozent »eher nicht« an. Diesen insgesamt 41 Prozent stehen 41 Prozent gegenüber, die grundsätzlich Vertrauen geäußert haben. 18 Prozent hatten auf diese Frage im Falle der Gewerkschaften keine Antwort, was von mangelnder Bekanntheit und Informiertheit über die Rolle und Aktivitäten zeugt. Damit schneiden die Gewerkschaften besser ab, als das Parlament und insbesondere die politischen Parteien, die regelmäßig am hinteren Ende liegen. Das Maximum an Zustimmung dürfte allerdings erreicht sein. Befürchtet wird eher ein Rückgang, beispielsweise bei einer wie der sich jetzt abzeichnenden sozialen Krise. Andererseits besteht gerade jetzt viel Raum für eine entsprechende Mobilisierung und Gewinnung von Mitgliedern und Sympathisanten. Inwieweit dafür aber noch die Kraft der jetzigen, bereits acht Jahr amtierenden Führung ausreicht, bleibt offen.

Das derzeitig relativ gute Ansehen der Gewerkschaften, wenngleich immer mehr auch ein Rückgang der Energie und Innovationskraft zu verzeichnen ist, ist eng mit dem ČMKOS-Vorsitzenden Josef Středula verknüpft. Dieser möchte zwar mit seinem Team im April 2022 erneut, bereits zum dritten Mal und bislang ohne Konkurrenz zur Wahl antreten. Verbraucht sich seine Anziehungskraft oder zieht er weiter in die Politik – es wird darüber spekuliert, dass er bei der Präsidentschaftswahl 2023 kandidieren könnte – wird es schwierig einen adäquaten Ersatz zu finden. Zu den größten Herausforderungen gehört es, sowohl die Höhe der Mitgliederbasis zu halten, als auch sukzessive Nachwuchskräfte aufzubauen.

Vorrangige politische Aufgaben werden für absehbare Zeit bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise, der Abfederung der sozialen Krise und der Abwehr der neoliberalen Vorhaben der amtierenden Regierung liegen. Angemessen wäre außerdem die Beteiligung der Gewerkschaften bei der Erarbeitung langfristiger Strategien für die weitere wirtschaftspolitische Entwicklung, insbesondere angesichts der zunehmenden Digitalisierung und Globalisierung, die Tschechien als »Billiglohnland« besonders hart treffen. Auch die mit der Erreichung der Klimaziele verbundenen, dringend benötigten Reformen im

Energiesektor, stellen die Gewerkschaften vor Herausforderungen. An erster Stelle ist das die Frage von »just transition« bei einem Strukturwandel infolge des sukzessiven Abbaus von Kohle als Energieträger. Dies muss mit einem wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramm einhergehen, um die Folgen der Pandemie zu bewältigen. Die Möglichkeit, dies bei der Verwendung der Hilfsfonds aus der EU zu berücksichtigen, ließ man weitgehend verstreichen.

Für alle diese Aufgaben sind die Rahmenbedingungen für die Gewerkschaften nicht einfach: ihre formalen Rechte sind relativ gering, der strukturelle Schwerpunkt gewerkschaftlichen Handelns auf Betriebsebene strategisch ungünstig, eine breite politische und zivilgesellschaftliche Unterstützung nicht in Sicht. Die grundsätzlich neoliberale Wirtschaftspolitik bietet Raum für Politiker_innen und Arbeitgeber, Gewerkschaften in die Enge zu treiben. Der potentielle politische Partner, die sozialdemokratische Partei, ist beispiellos geschwächt. Das wirkt sich nachteilig auf die zukünftige Gestaltung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik aus. Allerdings sind die Gewerkschaften grundsätzlich darauf bedacht, ihre politische Unabhängigkeit zu wahren, allein weil vielen Mitgliedern eine enge parteipolitische Nähe zu suspekt ist und sie sich bei weitem nicht alle selbstverständlich selbst auf der Seite der politischen Linke verorten.

Auf der internationalen Ebene sind die tschechischen Gewerkschaften relativ gut vernetzt. Die Einzelgewerkschaften tauschen sich regelmäßig mit ihren Europäischen Pendants aus und sind in der Regel Mitglieder der Europäischen und internationalen Strukturen. Josef Středula ist seit 2019 stellvertretender Vorsitzender von ETUC, womit einem langfristigen Ungleichgewicht Rechnung getragen wurde und die Belange der Gewerkschaften aus Mittel-Ost-Europa nun stärker eingebracht werden können.

Urban Überschär, *Leiter der Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik, Prag*

Kateřina Smejkalová, *Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.